

PARLAMENTARSREPORT



Kein Geld für Kommunen – Koalition reitet lieber das Sparschwein

Liebe Leserinnen und Leser!

Dass erneut Tausende Menschen gegen die sächsische Bildungspolitik unter Regie der CDU/FDP-Staatsregierung demonstrieren haben, zeigt vor allem eines: Der Wechsel an der Spitze des Kultusministeriums hat bisher nicht zum notwendigen Politikwechsel geführt. Damit ist auch nicht zu rechnen, solange die CDU die Staatsregierung anführt und die FDP ihr assistiert. Der Lehrermangel wird sich weiter verschärfen, ebenso wie die Defizite bei der frühkindlichen Bildung durch einen unzureichenden Personalschlüssel in den Kitas.

Lehrer/innen, Eltern und Schüler/innen haben trotz struktureller Defizite des sächsischen Schulwesens beachtliche Leistungen erbracht – siehe Pisa-Ergebnisse. Aber eine überdurchschnittliche Zahl von Schülern ohne Abschluss ist seit vielen Jahren, ebenso wie die in Ostdeutschland niedrigste Quote von unter Dreijährigen in öffentlicher Kinderbetreuung, Ausdruck von grundsätzlichen Mängeln im hiesigen Bildungssystem.

Nun droht dem Bildungswesen in Sachsen durch schwarz-gelben Sparwahn sogar schrittweise der Kollaps. Statt notwendige Investitionen in Bildung auf den Weg zu bringen, reden CDU und FDP über ein Neuverschuldungsverbot für die Landesverfassung, obwohl der Freistaat seit 2006 keine neuen Schulden gemacht und keine ernsthafte landespolitische Kraft – auch nicht DIE LINKE – nach zusätzlicher Verschuldung gerufen hat. Reden wir also über das, worauf es jetzt ankommt: Vorfahrt für die Bildung!

Dr. André Hahn
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Ginge es nach der LINKEN, bekämen Sachsens Kommunen bald mehr Geld. Am 14. Juni stand der Gesetzentwurf der Linksfraktion zur Verdoppelung der Investitionspauschale für die Kreisfreien Städte und Landkreise im Jahr 2012 zur abschließenden Plenar-Beratung an. CDU und FDP nutzten ihre Landtagsmehrheit und lehnten ab.

Völlig unverständlich fand das nicht nur die **kommunalpolitische Sprecherin der LINKEN, Marion Junge**: „Sachsen rechnet im laufenden Doppelhaushalt mit Steuererhöhungen von 1,6 Mrd. Euro. Das zeigt, dass sich die sächsische Wirtschaft von der Finanz- und Wirtschaftskrise erholt hat. Und das zeigt auch, dass die vom Finanzminister angezielte und von Schwarz-Gelb durchgewundene Kürzungssorgie im Doppelhaushalt 2011/2012 völlig überzogen war. Der Doppelhaushalt hätte korrigiert werden müssen!“

Da die kommunalen Investitionshaushalte besonders von den Kürzungen betroffen waren – der Anteil an Investitionsmitteln in Sachsens Kommunen sank im Vergleich zu 2010 um 47 Prozent –; ist eine deutliche Aufstockung der Investitionspauschale mehr als geboten. Deshalb



schlug DIE LINKE mit dem Gesetzentwurf vor, die jetzige Investitionspauschale für die kreisfreien Städte und Landkreise um 51 Millionen Euro zu erhöhen, um den Druck auf die Kommunalhaushalte abzumildern. „Eine Vielzahl der Kommunen hat aufgrund rückläufiger Schlüsselzuweisungen und größerer Soziallasten in diesem Jahr kein Geld für Investitionen zur Verfügung. Sie können auch nicht auf Fördermittel zurückgreifen, weil

ihnen die notwendigen Eigenanteile fehlen. Insbesondere werden Investitionen im Kita-, Schulhaus- und Straßenbau sowie bei Sportstätten zurückgestellt. Damit sich das ändert, muss die Investitionskraft der Kommunen in diesem Jahr noch einmal gestärkt werden“, unterstrich Marion Junge das Gesetzesanliegen: „Der Staat hat die verfassungsmäßige Pflicht, die kommunale Ebene angemessen finanziell auszustatten.“

„Alles im Lot?“ – LINKE unterstützt DGB-Kampagne für neues Vergabegesetz

Der DGB Sachsen reist derzeit mit der Kampagne „Billig kommt teuer“ durchs Land, um für ein neues Vergabegesetz in Sachsen zu werben und dieses einzufordern. Die Fraktionen der LINKEN und der SPD haben

dazu unlängst einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht. In Dresden wählte DGB-Regionvorsitzender Ralf Hron (re.) die Eishalle an der Magdeburger Straße als Anlaufpunkt, da die Halle durch

Baupfusch schon nach kurzer Nutzungszeit mit erheblichem finanziellen Aufwand wieder „fit“ gemacht werden muss. „Mitunter erweist sich das vermeintlich ‚billige‘ Angebot durch Nachträge und Nachforderungen am Ende teurer als erwartet. Wettbewerb muss über Qualität erfolgen und darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten über den Missbrauch von Billig-Jobs, Leiharbeit und schlechten Arbeitsbedingungen ausgetragen werden. Gerade die öffentliche Hand muss daher in ihrer Vergabepaxis eine Vorbildfunktion erfüllen!“ fasst der Wirtschaftsexperte der Landtags-LINKEN, Karl-Friedrich Zais, die Position seiner Fraktion zusammen. Bei der Fotoaktion an der Eishalle übernahmen MdL Kerstin Lauterbach aus Großenhain (vorn) und Fraktionschef Dr. André Hahn (Mitte) die symbolische DGB-Wasserwaage, damit künftig „Alles im Lot“ ist. efa



Foto: efa

Staatsregierung negiert Gefährdungsanalyse für Leipziger Flughafen

Es war nicht das erste Mal, dass ein Fernsehbeitrag zu einer Landtagsdebatte führte. Und es war auch nicht das erste Mal, dass die Fraktion DIE LINKE den Missbrauch des Leipziger Flughafens als Drehscheibe für Militärtransporte zum Plenartheema machte.

Am 13. Juni war es der MDR-Beitrag „Exakt“ vom 21. März 2012, dem der Antrag der LINKEN („Erkenntnisse der Staatsregierung zu bestehender Terrorgefahr sowie eklatanten Sicherheitsmängeln und -risiken auf Grund der militärischen Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle“) folgte. Die im MDR öffentlich gemachten, offensichtlich eklatanten Sicherheitsrisiken und der ignorante Umgang der sächsischen Staatsregierung damit, konnten nicht unkommentiert bleiben.

„Der Sendung zufolge halten Sachsens Innenminister und die Flughafenleitung eine Gefährdungsanalyse des Landeskriminalamtes Sachsen (LKA) von 2008 geheim, aus der sich erhebliche Schwachstellen der Flughafensicherung und hieraus resultierende Risiken für die Sicherheit von zivilen Flugpassagieren, den Flughafen nutzenden Militärangehörigen sowie Anwohner/innen ergeben“, so **Klaus Bartl, Recht-**



experte der Linksfraktion. Der MDR-Beitrag stuft die Anschlaggefahr auf US-Militärangehörige, die als Transitpassagiere den Flughafen für Zwischenstopps nutzen, als wahrscheinlich ein. Nichtsdestotrotz wiesen CDU und FDP den Antrag der LINKEN zurück. Die Staatsregierung sieht sämtliche Sicherheitsanforderungen erfüllt, hält den Flughafen nicht für ein Terrorziel und hat auch kein Problem damit, dass ausgerechnet dort das Sicherheitspersonal „ingedampft“ wurde.

„Sowohl Zivilisten als auch Militärangehörige sind extrem gefährdet. Der vorstehende Abzug der Truppen aus Afghanistan wird die militärischen Flugbewegungen in Leipzig nicht nur erhöhen, es ist zudem nicht auszuschließen, dass Terroristen nach derartig offenen Flanken suchen werden. Wer das für Panikmache hält, der sollte sich überlegen, welche Argumentationsbasis als politisch Verantwortlicher er denn hätte, wenn tatsächlich etwas passiert“, warnte Bartl.

Sachsen legt Axt an Berufsfachschulen

Was die Staatsregierung meint, wenn sie vorgibt, die duale Ausbildung zu stärken, offenbarte am 13. Juni die Aktuelle Debatte im Sächsischen Landtag.

„Kahlschlag der Staatsregierung an den Berufsfachschulen stoppen – Zukunftschancen junger Menschen erhalten“ hatte DIE LINKE ihren Antrag überschrieben und die geplanten Kürzungen bei außerbetrieblichen Ausbildungsgängen an Berufsfachschulen öffentlich gemacht. So sollten Berufsfachschulen für Technik und Wirtschaft komplett eingestellt werden, womit bspw. gut nachgefragte Ausbildungsgänge für Informatik und Kommunikation oder Geologie- und Bohrtechniker um ihre Existenz gebracht worden wären.

Heike Werner, familienpolitische Sprecherin der LINKEN, verwies in ihrer Rede auf die gravierenden Auswirkungen, die die Streichliste, wenn nun auch abgeschwächt, auf den ländlichen Raum haben werden:

„Berufsfachschulen sind hier ein wichtiger Bestandteil für die Strukturentwicklung, weil sich die Schulträger mit Praxispartnern aus der örtlichen Wirtschaft verbunden haben. Mit dieser ergänzenden Qualifikations-



MdL Heike Werner

möglichkeit wird jungen Menschen praxisnah der Weg in den 1. Arbeitsmarkt geebnet. Kleinen und mittelständischen Unternehmen fehlen meist die Ressourcen, eine solche Ausbildungsaufgabe qualitativ zu leisten. Was jetzt geschieht, steht in krassem Widerspruch zu den Anforderungen des Kultusministeriums an die Kommunen, Berufsschulzentren zu Kompetenzzentren zu entwickeln, denen im ländlichen Raum besondere Bedeutung zukommt.“

Die Kappung eines Teils der landesrechtlich geregelten Berufsbildungsgänge beeinflusst zudem die Schulnetzpläne. Für Heike Werner ein gefährlicher Fakt: „Werden die Schulnetzpläne und auf deren Basis geleistete Investitionen wieder infrage gestellt, kommt es unweigerlich zu Rückforderungen von EU-Fördermitteln.“ MdL Werner appellierte an die Kultusministerin: „Frau Kurth, emanzipieren Sie sich von diesem Finanzminister! Schauen Sie bitte auf Ihre Fachbereiche! Fassen Sie in Zukunft Beschlüsse, die tatsächlich tragfähig sind, damit wir nicht wieder so ein Chaos haben, wie wir es heute hier besprechen müssen!“

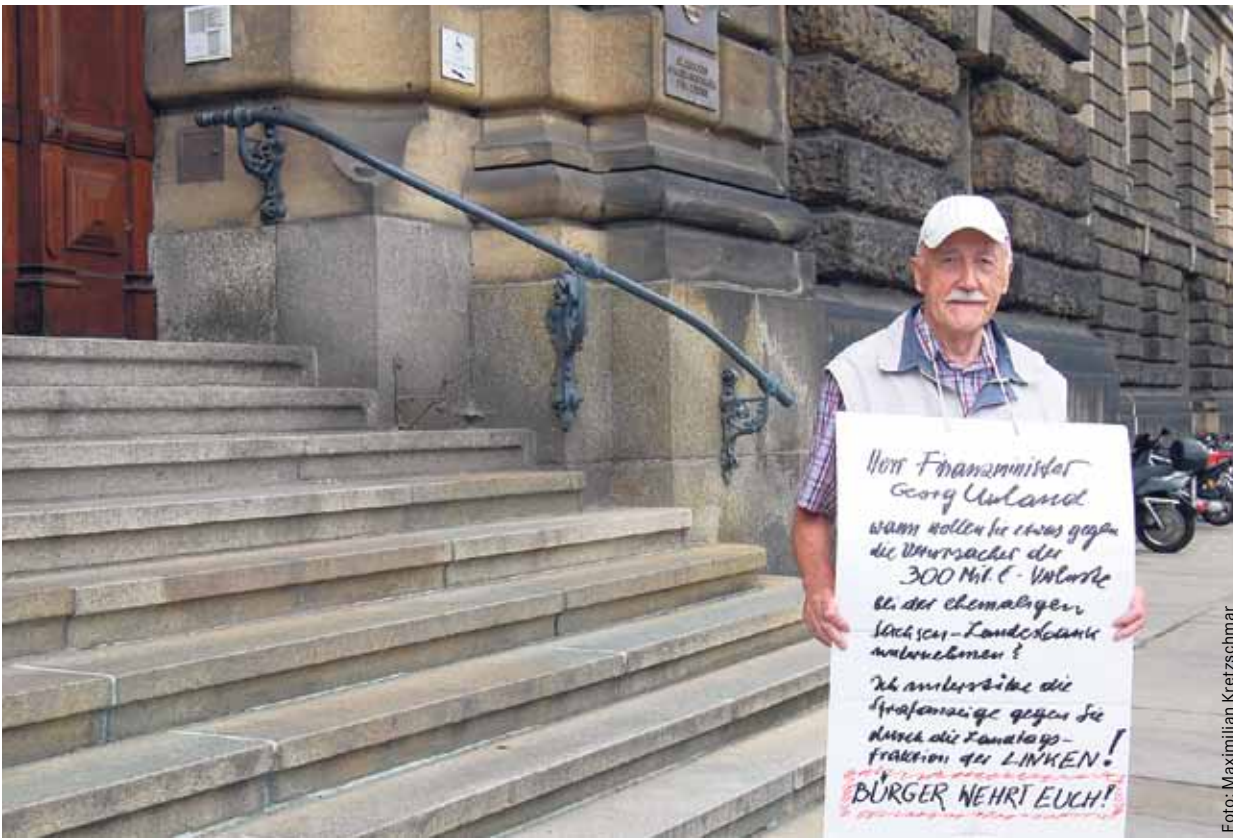
Sachsens Lehrkräfte packen Bildungspaket neu

„Annahme verweigert! WIR packen neu“ – so die Botschaft der Lehrer und Lehrerinnen in Sachsen. Am 13. Juni schickten sie symbolisch das dürre Bildungspaket der Staatsregierung zurück und füllten ein neues, größeres und gehaltvolleres – und damit eines, das dem Lehrernotstand im Land wirklich abhelfen, das Unterrichtsausfälle minimieren und die Attraktivität des Lehrerberufs heben könnte. Fast 6.000 Pädagogen waren zur „Packstation“ zwischen Kultus- und Finanzministerium gekommen, darunter auch **Cornelia Falken, selbst Lehrerin und Mitglied des Sächsischen Landtags.** Im Namen ihrer Fraktion legte sie den Forderungskatalog der LINKEN mit in das neue „Bildungspaket“. Neben der Forderung nach Erhöhung und Verbesserung der Ausbildungskapazitäten in den Lehramtsstudiengängen der Universitäten will DIE LINKE, dass Lehramtsabsolventinnen und -absolventen eine rechtsverbindliche Einstellungsgarantie erhalten, dass im Ausland erworbene Abschlüsse und Qualifikationen

als Lehrer/in anerkannt werden und der

altersgerechte Übergang für aus dem Schuldienst ausscheidende Lehrer/innen ordentlich geregelt wird.





Alfred Müller aus Dresden vorm Finanzministerium: „Ich unterstütze die Anzeige der LINKEN!“

Strafanzeige gegen Finanzminister – LINKE und SPD vermuten Untreue

Klaus Bartl (DIE LINKE) und Karl Nolle (SPD) haben gemeinsam Strafanzeige gegen Sachsens Finanzminister Georg Unland (CDU) gestellt. Die beiden MdL werfen Unland Untreue vor. Im Parlamentsreport spricht der **rechtspolitische Sprecher der Landtagsfraktion DIE LINKE, Klaus Bartl**, über die Hintergründe:

Worauf zielt die Anzeige?

Klaus Bartl: Wir sehen Finanzminister Prof. Unland im Verdacht, die ihm durch Gesetz und Amt anvertrauten Vermögenssicherungs- und Vorsorgepflichten für den Freistaat Sachsen dadurch gravierend verletzt zu haben, dass er für den durch den Crash der früheren SachsenLB entstandenen Schaden keinen einzigen der 41 Vertreter in den Überwachungs- und Kontrollgremien zur Verantwortung zog.

Ohne die Zustimmung der jeweiligen Mitglieder des Kreditausschusses bzw. des Verwaltungsrates der SachsenLB wären die Hochrisikospkulationsgeschäfte, die letztlich zur de facto-Pleite der Landesbank geführt hatten, erst gar nicht zu Stande gekommen. Wenn sich Unland jetzt nur an die acht Bankvorstände bzw. -manager hält und nur sie allein verklagt hat, ist zu erwarten, dass diese dann genau das zu ihrer Entlastung einwenden werden.

Bei dem 750-Mio.-Euro-Schaden, der den Bürgerinnen und Bürgern aus dem SLB-Fiasko inzwischen entstanden ist und bei weiter folgenden Schadenersatzleistungen in drei-

stelliger Millionenhöhe pro Quartal an die im Notverkauf eingetretene Baden-Württembergische Landesbank, bis dass die volle Bürgschaft von 2,75 Mrd. Euro getilgt ist, ist das Handeln des Finanzministers schlicht verantwortungslos.

Warum kommt die Anzeige erst jetzt?

Prof. Unland hat den Landtag und die Öffentlichkeit stets glauben lassen, dass bei der zwar feststehenden Mitverantwortung des Kreditausschusses und der Verwaltungsräte, nur gegen die Bankmanager vorgegangen werden sollte, da nur diese durch eine Haftpflichtversicherung in Höhe von 50 Mio. Euro abgesichert sind. Allein diese Argumentation ist befremdlich, schließlich fragt, wenn der „Normalbürger“ einen Schaden verursacht, auch kein Finanzamt oder sonstiges Gremium des Freistaates danach, ob er den zu ersetzenden Schaden aus einer Haftpflichtversicherung tilgen kann. Unabhängig davon wurde aber jetzt erst bekannt, dass auch für die damaligen Mitglieder des Kreditausschusses und des Verwaltungsrates offenbar eine so genannte Organ-Haftpflichtversicherung existiert. Wir fragen uns natürlich, weshalb dann nicht auch gegen diese, in der Regel Politiker in herausgehobenen Ämtern, wie Minister, Staatssekretäre, Landtagsabgeordnete, Oberbürgermeister usw. nicht mit Schadenersatzforderungen vorgegangen wurde. Es steht zu vermuten, dass diese eben vom „politischen System“ geschützt werden, dass hier „nicht reingeleuchtet“ werden sollte.

Nebenbei bemerkt erhielten all diese verantwortlichen Politiker für die Mitarbeit in den erwähnten Gremien Aufwandssaläre, die die Monatsbezüge eines Hartz-IV-Empfängers ums Mehrfache überwogen ...

Wie kam es dazu, die Anzeige gemeinsam mit MdL Nolle einzureichen?

Karl Nolle und ich saßen von 2005 bis 2009 im Landesbankuntersuchungsausschuss des 4. Sächsischen Landtages, MdL Nolle als Obmann der SPD-Fraktion. Wir haben beide bei der Untersuchung der eigentlichen Ursachen und Gründe für den ruinösen Untergang der SachsenLB schon damals tiefe Einblicke erlangt. Dass ich sein Angebot, mit mir gemeinsam die Anzeige zu erstatten und von der Staatsanwaltschaft Prüfung und Aufklärung zu verlangen dankend entgegennahm, ist deshalb nur logisch.



MdL Klaus Bartl



Plenarspiegel Juni 2012

Am 13 und 14. Juni 2012 fand die 57. und 58. Sitzung des Sächsischen Landtags statt. Folgende parlamentarische Initiativen wurden von der Fraktion DIE LINKE eingebracht:

Aktuelle Debatte:

„Kahlschlag der Staatsregierung an den Berufsfachschulen stoppen – Zukunftschancen junger Menschen erhalten!“

Gesetzentwürfe

- „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst im Freistaat Sachsen“, 2. Lesung, (Drs 5/4819)
- „Gesetz zur Verdoppelung der Investitionszuschüsse für die Kreisfreien Städte und Landkreise im Jahr 2012“, 2. Lesung (Drs 5/7777)

Änderungsanträge

- zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales und Verbraucherschutz zum Gesetzentwurf der LINKEN zum öffentlichen Gesundheitsdienst (s.o.), (5/9371)
- zum SPD-Antrag zur Weiterentwicklung des sächsischen Bildungsplans (Drs 5/9374)

Anträge

- „Erkenntnisse der Staatsregierung zu bestehender **Terrorgefahr sowie eklatanten Sicherheitsmängeln und -risiken auf Grund der militärischen Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle**“ mit Stellungnahme der Staatsregierung (Drs 5/8669)
- „**Gefahren durch Grundwasseranstieg** im Freistaat Sachsen abwenden“ (Drs 5/9268)

In den Beschlussempfehlungen und Berichten der Landtagsausschüsse (Sammeldrucksache 5/9279) waren folgende Anträge der Fraktion DIE LINKE enthalten:

- „**Steuerrechtliche Ungleichbehandlung** zwischen Beschäftigten im öffentlichen Dienst und Beschäftigten in der Privatwirtschaft beenden!“ (Drs 5/8440)
- „Sächsischer **Weiterbildungsbericht**“ (Drs 5/4318)

Drucksachen (Drs) und Redebeiträge unter www.linksfraktion-sachsen.de



GLOSSIERT

Menschen im Glück

Was hat die Frau doch für ein Glück! Uta Windisch lebt nicht nur im schönsten Freistaat der Welt, sie gehört auch zu deren glücklichsten Bevölkerungsgruppe: der Sachsen-CDU. Diese wiederum hat das Potenzial der evangelisch-lutherischen Frohnatur erkannt und bringt die beneidenswert sorglose Erzgebirgerin für so ziemlich jedes Plenar-Thema in Stellung:

Kritik an der sauteuren neuen Imagekampagne für Sachsen? Happy Uta wischt sie hinweg und zeigt so lange auf „die vielen glücklichen Menschen“, bis selbst dem politischen Gegner die Träne der Rührung ins Auge schießt. Probleme mit steigendem Grundwasser in Sachsens Kellern? Auch hier greift Super-Uta durch! Wenig zimperlich wird die NINGEL*-Opposition mit der Geschichte vom alten Handwerksmeister entwaffnet, der dem Unions-Rhetorikwunder dereinst im schönen „Arzgebirch“ anriet, bloß keinen Beton in den Keller zu kippen, weil auch Grundwasser mal kommt und mal geht ...

Ob dieser anrührenden Betrachtungsweise kann selbst die einzige Diplom-Mineralogin im „Hohen Haus“ (Dr. Jana Pinka, DIE LINKE) nur beschämt das Haupt senken und darüber nachdenken, wie sie das den um ihre Existenz bangenden Menschen in den Bergbaufolge-Regionen verklickern soll. Nach „Lucky Uta“ haben die eigentlich gar kein Problem. Es fehlt wohl nur an der richtigen Einstellung (Und an einem allwissenden Holzmichl. Oder so.)

efa

* für Nicht-Sachsen:
ningeln=nörgeln

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefon: 0351/493-5800
Fax: 0351/493-5460
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Elke Fahr

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Die Zurückweisung ließ nicht lange auf sich warten. Kaum hatte die Fraktion DIE LINKE die Folgen des Grundwasseranstiegs in einigen Regionen Sachsens, zum Beispiel in den Braunkohlebergbau-Nachfolgegebieten, auf die Tagesordnung des Juni-Plenums setzen lassen, ließ Sachsens Umweltminister per Presserklärung wissen: 1. Die Grundwasserstände sind gefallen, 2. Der Grundwasserwiederanstieg in den betroffenen Gebieten ist dem Regen 2010 geschuldet und überhaupt geht es 3. mal wieder nur um billigen Populismus ...

Nasse Keller, verschlammte Gärten, Wasser quer durchs Grundstück - alles Populismus? Der Endlosbau der A72 wird noch endloser, weil das Grundwasser bis zu vier Meter höher steht als einst vermutet. Im Straßenbau, im Bahnbereich, an Häusern oder auf landwirtschaftlichen Nutzflächen - es gibt bereits einen ganzen Katalog an Schäden! Und an Betroffenen, die auf Hilfe hoffen und diese, wenn sie Glück haben, teils von der LMBV, nicht aber von der Staatsregierung bekommen.

Eine flächendeckende Übersicht über die tatsächlichen Grundwasserstände hat die Staatsregierung

nicht. Sollte sie aber haben! Und sie darf die Schadensabwehr nicht Privathaushalten und Betrieben aufbürden! So die Forderung der LINKEN, nachzulesen im Antrag 5/9268: „Gefahren durch Grundwasseranstieg im Freistaat Sachsen abwenden“. „Das Umweltministerium muss schnellstens regionale Arbeitsgruppen bilden und dort ortsansässige Sachverständige integrieren. Diese Gruppen sollen sich dem Grundwasseranstieg, der Wassergütesituation und den Standsicherheitsfragen widmen, daraus Maßnahmen ableiten und finanzielle Umsetzungsmöglichkeiten aufzeigen“, so die **umwelt-politische Sprecherin Dr. Jana Pinka.**

Der Antrag der LINKEN listet auch Fehler des Berichts der Staatsregierung vom April auf und dringt auf Nachbesserung. „Wir haben festgestellt, dass die Staatsregierung für ihren Bericht nicht die Daten aller infrage kommenden Grundwassermessstellen einbezogen hat und die statistische Auswertung fehlerhaft ist. Wohl deshalb kommt das

Umweltministerium zu dem Schluss, dass es an mangelhafter (kommunaler!) Pflege der Gewässer II. Ordnung, an zu viel Regen und an „falsch gebauten“ Häusern liegt, dass es überhaupt Probleme mit dem Grundwasser gibt“, so Pinka.



Mdl Dr. Jana Pinka

Bei dieser (Fehl-)Einschätzung blendet die Staatsregierung nicht nur die seit längerem bestehenden und auch in der Anhörung zum LINKEN Vorgänger-Antrag („Umgang mit hohen Grundwasserständen: BürgerInnen und Unternehmen unterstützen.“ Drs 5/5692) dargestellten Problemen in weiten Teilen Sachsens aus und fordert unverdrossen „eigenverantwortliches Handeln“ der betroffenen Bürger, Landwirte, Kommunen und Unternehmen ein.

„Auch wenn Schwarz-Gelb unseren Antrag jetzt abgelehnt hat, werden wir die Staatsregierung nicht aus der Pflicht entlassen und weiter vehement Gegenmaßnahmen zum Schutz von Hausbesitzern und Firmen einfordern“ kündigte Umweltexpertin Pinka an.

Völker, hört die - ähm - Vuvuzelas ??!

Sie haben es gut. Sie wissen schon, wer Fußball-Europameister ist. Ich nicht, denn während ich das hier schreibe, laufen die Spiele noch und

ich frage mich, ob Deutschland sein „Sommermärchen“ bekommt oder sich demnächst verzweifelt weinende Männer im Arm (im anderen

ein Bier) liegen, weil's nicht gereicht hat und das Geld für die „Spiegelsocken“ an den Autos ein glatt rausgeschmissenes war? (Nicht traurig sein, die geben noch gute Badekappen ab. Sogar für Zwillinge!)



Dem 1. Vizepräsidenten und Torhüterkönig des FC Landtag, der auch Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Landtag ist, kann das eigentlich egal sein. Erstens wollte er sowieso, dass „die beste Mannschaft gewinnt“ und zweitens hatte er sein EM-Highlight schon vorm ersten Anpfiff, nämlich beim Länderspiel Deutschland-Israel in Leipzig. Hier traf André Hahn auf den Ehrenspielführer der deutschen Nationalmannschaft, Uwe Seeler. Nach dem Foto mit ihm, hätte wohl auch ein EM-Sieg der Holländer seine Freude nicht mehr trüben können ...

efa